

## Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München

Federführung: Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern, Bezirksverband Oberbayern

Karin Majewski Sprecherin

c/o Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V. Bezirksverband Oberbayern Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München

Tel. 089 | 30611-130 Fax 089 | 30611-125 argefreie-muenchen@paritaet-bayern.de www.arge-freie-muenchen.de

## Pressemitteilung

16.07.2025

## München baut ab - soziale Stadt muss bleiben!

Die Arbeitsgemeinschaft der Münchner Wohlfahrtsverbände ist besorgt! Heute:

## Keine Zeit für Krisenfälle – Familien müssen monatelang auf Beratung und Unterstützung warten

Eine Trennung oder Scheidung stürzt Familien in eine Krise, das Leben wird auf den Kopf gestellt, die neue Situation bringt Verunsicherung und Ängste, gerade bei Kindern. In vielen Fällen brauchen die Eltern externe Unterstützung, um weiterhin eine zum Wohle des Kindes förderliche Elternverantwortung wahrnehmen zu können. Beratungsstellen von freien Trägern der Jugendhilfe beraten hier schon lange, übernehmen aber seit 2022 Aufgaben des Jugendamtes und unterstützen Sorgeberechtigte bei Trennung und Scheidung und bei der Ausübung des Sorgerechts und des Umgangsrechts. Die Beratungsstellen übernehmen Erstgespräche bzw. Clearings der Anfragen, die Betreuung und Begleitung der Eltern bei beschleunigten Verfahren im Familiengericht zu den Themen: Umgangsregelung, Herausgabe des Kindes, Aufenthaltsbestimmung und Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge bei Nicht-Verheirateten, ebenso bei häuslicher Gewalt oder sexuellem Missbrauch und sind wichtige Stellen bei Opferschutzmaßnahmen. Gerichtliche Verfügungen, wie z. B. begleiteter Umgang in Verbindung mit Elternberatung sollen zügig für die Familien verfügbar sein.

Trennungseltern werden direkt an eine Ehe-, Partnerschafts-, Familien- oder Lebensberatungsstelle bzw. eine Erziehungsberatungsstelle verwiesen, die den weiteren Kontakt zu den Familien übernehmen soll.

Die prekäre Haushaltssituation der Landeshauptstadt München führt dazu, dass im Bereich der freien Träger unabwendbare Kostensteigerungen wie Tariferhöhungen oder inflationsbedingte Steigerungen nicht ausglichen werden. Dies bedeutet für Beratungsstellen, dass Beschäftigte Stunden reduzieren müssen und das Beratungsangebot deutlich eingeschränkt werden muss.

Dadurch verlängern sich die Wartezeiten für Familien in einer Krisensituation. Doch gerade Trennungssituationen bergen ein hohes Konfliktpotential. Trennungsfamilien haben einen erhöhten und dringenden Beratungsbedarf, Termine dazu müssen ohne lange Wartezeiten vergeben werden können.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) München beispielsweise musste Anfang Juli 15 Wochenstunden beim Personal einsparen, was dazu führt, dass die Beratungsstelle nun freitags geschlossen ist und sich die Wartezeit für einen Termin auf mindestens drei Monate verlängert. Auch kann der Verein die rückwirkend seit April geltenden Tariferhöhungen für sein Personal nicht ausbezahlen. "Für Familien, die sich in einer akuten Trennungssituation befinden, ist es wichtig, zeitnah einen Beratungstermin zu erhalten. Oft steht die existenzsichernde Beratung im Vordergrund, finanzielle Angelegenheiten sind zu klären, Anträge zu stellen oder es besteht unmittelbarer Handlungsbedarf, wenn Fristen einzuhalten sind. Hier müssen schnell Termine vergeben werden können", so Claudia Liszewski, Leiterin der Beratungsstelle des VAMV.

Längere Wartezeiten bedeuten eine zunehmende Verschlechterung der herausfordernden Situation und eine Zuspitzung der Krise, bis hin zu einer Eskalation. "Durch eine Begleitung der Familien in Trennungssituation können die Kinder bei belastende familiengerichtliche Verfahren stabilisiert werden. Gerade weil das Jugendamt die Beratung bei Trennung und Scheidung an die Beratungsstellen delegiert hat, steht die Stadt in der Verantwortung, die Versorgung sicher zu stellen und die Träger so auszustatten, dass Familien schnelle Hilfe erhalten, denn es geht hier auch um die Sicherung des Kindeswohls", appelliert Karin Majewski, Sprecherin der Arge Freie München und Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. "Mit den aktuellen finanziellen Mitteln ist es weder möglich, den aktuellen Standard zu halten, noch die dringend benötigten zusätzlichen Fachpersonalstunden zu schaffen."

Auch in verschiedenen Erziehungsberatungsstellen können freiwerdende Stellen nicht sofort nachbesetzt werden, da Kosten eingespart werden müssen, um die Existenz der Beratungsstellen als solche nicht zu gefährden. Einige Erziehungsberatungsstellen können durch die gestiegenen Bedarfe bei gleichzeitiger personeller Engpässe derzeit keine Kurse für getrennte Eltern anbieten, die aber vom Familiengericht empfohlen sind. Die Wartezeiten für diese Kurse liegen für Eltern nicht selten bei mehreren Monaten oder sogar länger.

Auch andere Beratungsthemen in der Erziehungs-und Familienberatung benötigen eine rasche Bearbeitung. Nicht wenige Schüler\*innen leiden noch immer an den Coronafolgen, nicht selten melden sich Familien mit massivem Schulabsentismus an, der Druck auf die Familien ist hier sehr groß. Ebenso benötigt Suizidalität bei Kindern und Jugendliche eine sofortige Begleitung zur Abklärung und möglichen Stabilisierung. Immer mehr Kinder zeigen schon sehr früh ein deutliches Integrationsrisiko, das in Kitas und in der Grundschule zu erheblichen Problemen führt. Bei all diesen Themen wochenlange Wartezeiten aushalten zu müssen, ist für die Familien nicht nur eine schwere Übergangsphase bis zu einem Erstgespräch, sondern führt zur weiteren Verschlechterung der Problematik des Kindes. Die knapper werdenden personellen Ressourcen bei gleichzeitig steigenden Bedarfen führen neben längeren Wartezeiten auf einen Ersttermin auch zu kürzeren Beratungsprozessen und zu längeren Abständen zwischen den Terminen, um möglichst vielen Familien Hilfe anbieten zu können. Fachlich ist dies aber oft schwierig, weil die Hilfe nicht so intensiv stattfinden kann, wie sie für eine nachhaltige Veränderung notwendig wäre.

